

Ressort: Politik

"Armutsmigration": FDP will Hilfsfonds für Kommunen einrichten

Berlin, 06.01.2014, 17:16 Uhr

GDN - Die FDP will soziale Probleme, die mit der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit einhergehen, durch einen Hilfsfonds lindern. Dieser soll beim Bund angesiedelt sein, kündigte der designierte Spitzenkandidat der Liberalen für die Europawahl, Alexander Graf Lambsdorff, im Gespräch mit "Handelsblatt-Online" an.

Der Hilfsfonds solle Kommunen in Deutschland zur Verfügung stehen, die mit den Folgen von Armut, Kriminalität und mangelnder Bildung unter Zuwanderern aus anderen EU-Staaten zu kämpfen haben. "Der Bund, der ja in Deutschland die europapolitischen Entscheidungen trifft, sollte den Kommunen unbürokratisch helfen", sagte Lambsdorff. Ausgestattet werden soll der Fonds demnach durch nicht abgerufene Gelder aus dem europäischen Haushalt, etwa aus dem Sozial- oder Strukturfonds. "Dieses Geld kann man nehmen, um einen Fonds zu bilden. Dann kann man in Duisburg, in Dortmund, in Mannheim, in Neukölln konkret helfen, was Gesundheitsversorgung oder Schulwesen angeht", sagte der FDP-Politiker. Grundsätzlich sei für die FDP die Arbeitnehmerfreizügigkeit "nicht verhandelbar". Dennoch müssten "die Probleme vor Ort angegangen werden". Hintergrund ist die Diskussion um so genannte "Armutsmigranten". Die CSU hatte davor gewarnt, dass Deutschland durch den vollständigen Beitritt der EU-Staaten Rumänien und Bulgarien zur europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit vor einer Zuwanderungswelle stehen könnte. In ihrer Beschlussvorlage für die Klausurtagung in Wildbad Kreuth fordert die Partei, den "fortgesetzten Missbrauch der europäischen Freizügigkeit durch Armutszuwanderung" zu beenden. Unter anderem heißt es: "Wer betrügt, fliegt". FDP-Spitzenmann Lambsdorff kritisierte die CSU für ihren Vorstoß. Was die Partei fordere, sei "geltende Rechtslage". Insofern sei "das Ganze nicht nur unseriös, sondern offensichtlich entweder inkompetent oder zynisch. Ich finde, hier werden ganze Gruppen von Menschen kollektiv verdächtigt, das ist ein Bruch mit rechtsstaatlichen Prinzipien", sagte Lambsdorff.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-27935/armutsmigration-fdp-will-hilfsfonds-fuer-kommunen-einrichten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619